

Anfragen zum Plenum in der 5. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Rolle misst sie eventuellen Beanstandungen durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz beim weiteren Vollzug der beanstandeten Maßnahmen in der Verwaltungspraxis bei und inwieweit fühlt sie sich an derartige Beanstandungen gebunden?

Nicole Bäuml
(SPD)

Nachdem im Juli 2023 die Expertenkommission zur Lehrerbildung in Bayern die erste Sitzung abgehalten hat, frage ich die Staatsregierung, an welchen weiteren Terminen sich die Expertenkommission getroffen hat, welche Themen dort jeweils besprochen wurden und welche externen Gäste bzw. Referentinnen und Referenten hierzu eingeladen wurden?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger auf einer kürzlich stattgefundenen Kundgebung in Cham ausgerufen hatte, dass niemand wissen könne, ob nicht „ein paar dasuffene Ratzn“ der Grund seien, wenn eine Grundwassermessstelle einen zu hohen Nitratwert anzeigt und vor dem Hintergrund, dass rund um eine Messstelle, die einen zu hohen Nitratwert im Grundwasser anzeigt, ein sogenanntes rotes Gebiet ausgewiesen werden muss, in dem Landwirtinnen und Landwirte strikte Vorgaben fürs Düngen, durch das die Nitratbelastung bisher nach einhelliger Meinung verursacht wird, einhalten müssen, frage ich die Staatsregierung, wie sie diese Aussage des stellvertretenden Ministerpräsidenten fachlich einschätzt, wie viele Fälle einer solchen Verfälschung der Messergebnisse durch „dasuffene Ratzn“ sind ihr bekannt und was plant die Staatsregierung, um solche vermuteten Messfehler zukünftig zu verhindern bzw. die Glaubwürdigkeit in die Messergebnisse wiederherzustellen?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Tatsachen bezieht sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der am 11.01.2024 durch die Süddeutsche Zeitung veröffentlichten und mit einer Suchmaschine online auffindbaren Aussage „Söder verurteilte die „Deportationspläne übelster Form“ aufs Schärfste“ (bitte alle Tatsachen zu „Deportationsplänen“ offenlegen, die der Staatsregierung vorliegen), auf welche Tatsachen bezieht sich Ministerpräsident

Dr. Markus Söder bei der am 11.01.2024 durch die Süddeutsche Zeitung veröffentlichten und mit einer Suchmaschine online auffindbaren Aussage „Das erinnert wirklich als Vorstufe an das Düstere, was man sich überhaupt noch vorstellen kann und das Ekligste“ und an welchem Tag/Datum führte der Ministerpräsident das Interview mit dem Deutschlandfunk, auf das sich die Süddeutsche Zeitung im selben Bericht mit den Worten „am Donnerstag vom Deutschlandfunk veröffentlichten Auszug aus einem Radiointerview“ bezieht und aus dem diese beiden Zitate stammen sollen?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche expliziten Maßnahmen sie als Reaktion darauf ergreift, dass vor allem Betriebe in strukturschwachen Gebieten u. a. aufgrund von fehlendem bezahlbarem Wohnraum keine Auszubildenden finden und bislang der Ausbau von Ausbildungswohnheimen bei weitem nicht den Bedarf deckt, wie hoch sind die Finanzmittel, die ggf. für entsprechende Maßnahmen eingestellt wurden und wie viele Ausbildungswohnheime gibt es derzeit in Bayern (bitte aufgeschlüsselt nach „fertiggestellt“, „im Bau“ und „in Planung befindlich“ und nach Regierungsbezirk)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Pressemitteilungen über die Beteiligung des Bauunternehmers [REDACTED] am als „Geheimtreffen“ bekannten Austausch in Potsdam, bei dem Massendeportationspläne besprochen wurden, frage ich die Staatsregierung, ob öffentliche Aufträge an die Firma von [REDACTED] („[REDACTED]“) in der Vergangenheit vergeben worden sind, welche Erkenntnisse sie über die Finanzierung rechtsextremer Projekte oder Organisationen durch [REDACTED] ihr vorliegen und welche Erkenntnisse sie grundsätzlich über die Aktivitäten von [REDACTED] für die Burschenschaft Danubia hat?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aufträge und Zuschläge haben die Firmen [REDACTED] oder andere Firmen, die mit [REDACTED] – er hat nach Recherchen der taz und Correctiv auch an dem geheimen Treffen von Rechtsextremisten in Potsdam teilgenommen – in Zusammenhang stehen (z. B. [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED]) vom Freistaat Bayern oder Unternehmen, die dem Freistaat gehören bzw. an denen er beteiligt ist, in den letzten zehn Jahren erhalten, welche Projekte im Freistaat Bayern aus den letzten zehn Jahren sind in der Staatsregierung bekannt, die im Zusammenhang mit den o. g. Firmen oder der Person [REDACTED] stehen, und welche Mitglieder der Staatsregierung oder Beauftragte der Staatsregierung hatten schon Kontakt zu [REDACTED] (falls ja, bitte unter Angabe der relevanten Details wie Grund des Kontakts, Zeit, Ort und inhaltliche Sachverhalte)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da der Jahresbericht 2023 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) nahelegte: „Das Bauministerium sollte dem Landtag regelmäßig zu Staatsstraßen über Finanzierung, Zustand, Ziele und Zielerreichung berichten. [...] Bisher gibt es keine Informations-

quelle, die in regelmäßigen Abständen den Ausbau- und Erhaltungszustand der Fahrbahnen und Bauwerke mit den künftigen baulichen und zeitlichen Zielen strukturiert, umfassend und transparent darstellt. Aus Sicht des ORH ist die bisherige Darstellung der Staatsstraßen-Investitionen unübersichtlich und nicht transparent.“, frage ich die Staatsregierung, wann werden die Ergebnisse der Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) veröffentlicht, wie wird der Landtag über die Gesamtplanung der Staatsstraßeninvestitionen unterrichtet und in welcher Höhe wurden Haushaltsmittel im Jahr 2023 für Erhalt/Sanierung sowie Ausbau von Fahrbahnen und Bauwerken (bitte jeweils angeben) für Staatsstraßen verausgabt?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Staatsregierung im Bayerischen Klimaschutzgesetz beschlossen hat, bis 2040 klimaneutral zu werden und Schwimmbäder große Energieverbraucher sind und ein großer Sanierungsbedarf bei den kommunalen Hallen- und Freibädern besteht, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Kommunen bei den anstehenden Sanierungen der Schwimmbäder unterstützt, wieviel Prozent der öffentlichen Schwimmbäder in Bayern (bitte nach Regierungsbezirken auflisten) ihren Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken und wie sie angesichts der klimapolitischen Ziele beabsichtigt, gezielt energiesparende und klimafreundliche Energiequellen bei öffentlichen Schwimmbädern zu fördern?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Gästefans des ESV Burgau, Polizistinnen und Polizisten sowie Ordnerinnen und Ordner befanden sich nach ihrer Kenntnis während des Eishockeyspiels zwischen dem ESV Burgau und dem ERC Sonthofen, gegen wie viele Personen wird nach den Ausschreitungen während des Spiels auf der Tribüne derzeit ermittelt (bitte unter Angabe des jeweiligen Grundes für die Ermittlungen) und hat der Heimverein ERC Sonthofen nach Ansicht der Staatsregierung mit ausreichend Sicherheitspersonal für die Sicherheit der Heim- und Gästefans während des Eishockeyspiels gesorgt?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung in der letzten Legislatur trotz anders lautender Zusage von Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf in ihrer Regierungserklärung vom 05.07.2022 eine Novellierung des überalterten Bayerischen Gleichstellungsgesetzes nicht in Angriff genommen und stattdessen auf eine „zeitnahe Novellierung in der nächsten Legislaturperiode“ verwiesen hat (z. B. Anfrage zum Plenum Simone Strohmayr vom 08.11.2022, Drs. 18/25070), frage ich die Staatsregierung, wann die Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes in Angriff genommen wird, ob es hierzu bereits Eckpunkte für einen Gesetzentwurf gibt und ob eine Zeitschiene für den Umsetzungsprozess vorliegt?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) am 21.09.2023 mit dem auch ein Verstoß Deutschlands (und darin auch Bayerns) gegen die Naturschutzvorgaben der Europäischen Union (EU) der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie festgestellt wurde, auch weil dutzende Gebiete nicht als besondere Schutzge-

biere ausgewiesen und in hunderten Fällen die Erhaltungsmaßnahmen nicht festgelegt wurden, frage ich die Staatsregierung, für welche bayerischen FFH-Gebiete und bayerischen Gebiete nach der Europäischen Vogelschutzrichtlinie liegen noch keine Managementpläne vor, für welche FFH- und Vogelschutzgebiete steht sogar noch die Beauftragung der Erstellung von Managementplänen aus und bis wann soll die bereits für das Jahr 2020 angekündigte vollständige Erarbeitung und Veröffentlichung der Managementpläne für die FFH- und Vogelschutzgebiete in Bayern abgeschlossen sein (bitte unter Auflistung der entsprechenden Gebiete), um evtl. Strafzahlungen abzuwenden?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf die Aussagen der Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber bei der Pressekonferenz zum Kabinett am 23.01.2024 zu den fehlenden GAK-Mitteln (GAK = Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“) für Bayern, die sie auf 30 Mio. Euro beziffert – davon 18 Mio. Euro für ländliche Entwicklung, 9 Mio. Euro für Ökologischen Landbau und 3 Mio. Euro für das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm usw. – frage ich die Staatsregierung, aus welcher Mittelherkunft setzen sich die genannten Summen zusammen, für welchen Zeitraum fehlen diese Summen und in welcher Höhe wurden GAK-Mittel in den vergangenen zwei Jahren von der Staatsregierung nicht abgerufen (bitte getrennt für 2022 und 2023 aufschlüsseln)?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand der Erarbeitung der Richtlinie für die Förderung von Wohnheimplätzen für Auszubildende (u. a. Struktur der geplanten Fördermittelvergabe, Einbindung und Schaffung von Auszubildendenwerken sowie der geplante Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie), wann fließen erstmals Mittel aus dem Programm „Junges Wohnen“ speziell in die Förderung von Wohnheimplätzen für Auszubildende und wie hoch schätzt die Staatsregierung den aktuellen Bedarf an Wohnheimplätzen für Auszubildende im Freistaat ein?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Hinsichtlich des angekündigten Neubaus der Polizeiinspektion Kitzingen sowie des aktuellen Zustand des gegenwärtigen Dienstgebäudes in der Landwehrstraße, frage ich die Staatsregierung, wann sie mit der Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen in den drei Büros der aktuellen Polizeiinspektion (die aufgrund des Schimmelbefalls geschlossen werden mussten) rechnet, wann mit der Vorlage der Projekt- und Haushaltvorlagen im Haushaltsausschuss des Landtags für den geplanten Neubau in den Marshall Heights in Kitzingen gerechnet werden kann und welcher Zeit- und Maßnahmenplan (Baubeginn, Fertigstellung, Umzug etc.) derzeit vorgesehen ist?

Andreas Jurca
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Wirkung der Anhebung des EZB-Leitzinses seit Mitte 2022 einschätzt, wie sich die Finanzierungskosten des Freistaates seit Beginn der Zinserhöhung Mitte 2022 entwickelten und ob sie mit der Absenkung des Leit-

zinses in diesem Jahr rechnet?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wird die Staatsregierung und insbesondere das Staatsministerium für Digitales unter der neuen Leitung von Staatsminister Dr. Fabian Mehring, das Projekt des bayerischen Öko-Tokens („Bayerischer Nachhaltigkeitstoken“) weiterführen, in welcher Umsetzungsphase befindet sich das Projekt des bayerischen Öko-Tokens (Teilnehmer, staatliche Geschäftsstelle, Schaffung eines Konsortiums für das operative Geschäft, Einbindung eines Finanzdienstleisters etc.) und wie viel Geld hat der Freistaat bereits für das Projekt des Öko-Tokens ausgegeben?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit Mitteln in welcher Höhe können Träger der Ganztags- und Mittagsbetreuung von Kindern in Bayern in diesem Jahr kalkulieren, wie will die Staatsregierung den Trägern sowie Eltern Planungssicherheit geben und wie will sie den Ausstieg von einzelnen Trägern aus der Ganztagsbetreuung verhindern, wenn die Förderpauschalen, die dringend einen Aufwuchs benötigen, erst Ende des 2. Quartals mit dem Haushaltsbeschluss in Kraft treten können und bis dahin rechtlich unverbindlich bleibt, in welcher Höhe finanzielle Mittel für Sach- und Personalkosten den Trägern für das Schuljahr 2024/2025 zur Verfügung stehen werden?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand zu dem vom Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention, Staatsministerium für Unterricht und Kultus und Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst angekündigten Aktionsplan bezüglich des Lehrer- und Lehrerinnenmangels an Pflegeschulen ist, von wie vielen fehlenden Lehrkräften für den Pflegeberuf geht die Staatsregierung aus (Pflegeschulen und Hochschulen) und welche Maßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften für den Pflegeberuf ergreift die Staatsregierung bisher?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie plant, den Kulturpass, ein Projekt der Bundesregierung, das vor allem jungen Menschen den Zugang zu unserer vielfältigen Kultur erleichtert und dessen Verlängerung kürzlich im Bundestag beschlossen wurde, für Jugendliche und/oder junge Erwachsene in Bayern mit Landesmitteln aufzustocken, als selbstbewusste Zeichen, dass Kultur Ländersache ist und damit den jungen Menschen in Bayern zum 18. Geburtstag ein umfassendes Kulturerlebnis ermöglicht wird, wenn ja, wann soll eine entsprechende Entscheidung von der Staatsregierung getroffen werden, wenn nein, welche Maßnahmen und Strategien verfolgt die Staatsregierung, um der nachkommenden Generation die Teilhabe an unserer reichen Kultur zu ermöglichen und gleichzeitig die heimische Kreativwirtschaft – vom Buchhandel über Kinos bis zum Instrumentenbau – zu fördern?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Insolvenzverfahren sind in Bayern seit 2018 eröffnet worden (bitte tabellarisch nach Privat- oder Unternehmerinsolvenzen, Monaten und Bezirken unterteilen), welche Maßnahmen hat sie gegen Insolvenzen in Quartalen

steigender Insolvenzverfahren seit 2018 bis heute unternommen und wie unterscheiden sich gegenwärtige Maßnahmen und Begründungen der Staatsregierung im Vergleich zu Maßnahmen in der sog. Coronapandemie (März 2020 bis April 2023), z. B. mit Blick auf Beihilfen/Krediten und Weisungen an Staatsanwaltschaften, bei der Strafverfolgung einschlägiger Insolvenz-Delikte retardierend o. ä. vorzugehen?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Arzneimittel sind in Bayern derzeit nicht oder nur schwer verfügbar, welche Maßnahmen ergreift sie, um sicherzustellen, dass kritische Medikamente in Notfällen immer verfügbar sind und die Versorgung gewährleistet wird und in welchen Bereichen des Gesundheitssystems sind Lieferengpässe bei Medikamenten am stärksten spürbar?

Ferdinand Mang
(AfD)

In Bezug auf die Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/276 frage ich die Staatsregierung, wie viele Mitarbeiter zeitlich befristet an den beiden Standorten arbeiten (bitte nach Standorten sowie nach originär wissenschaftlichen und nach verwaltenden Aufgaben aufschlüsseln und auch die auf Zeit ans Haus der Bayerischen Geschichte berufenen Beamten berücksichtigen), wie unterteilen sich die Nutzflächen an den beiden Standorten konkret nach den Nutzungsarten Bibliothek, (Bild-)Archiv, Depot, Haustechnik, Tiefgarage sowie Büros (bitte die Frage konkret beantworten, bei den Büroflächen nach Arbeitsplätzen für verwaltende und originär wissenschaftliche Tätigkeiten aufschlüsseln und Pläne zur Verfügung stellen) und wie unterscheiden sich die an den beiden Standorten zur Verfügung gestellten flexiblen Arbeitsplätze von den festen Arbeitsplätzen (bitte auf den Platzbedarf und die arbeitsrechtlichen Vorgaben eingehen)?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Landkreisen in Bayern wird die Staatsregierung die angekündigten Bezahlkarten für Asylbewerber zunächst einführen, wie soll das System konkret ausgestaltet werden und welcher Betreiber wird mit der Umsetzung beauftragt?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche finanzielle und materielle Hilfe hat die Staatsregierung seit dem 01.01.2022 an Israel geleistet, wie wurde diese finanzielle und materielle Hilfe verwendet und welchen Bezug auf die aktuelle Militäroperation Israels im Gazastreifen hat diese finanzielle und materielle Hilfe bzw. ein Teil davon?

Harald Meußgeier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ist das Ziel 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen, in Bayern bis 2030 ökologisch zu bewirtschaften, aus Sicht der Staatsregierung in Anbetracht der anhaltenden Inflation und der stetig wachsenden Belastungen der Landwirte noch sinnvoll, ist dieses Ziel gerade im Hinblick auf die Bezahlbarkeit von Lebensmitteln für die Bevölkerung noch zu verantworten und ist das Ziel überhaupt erreichbar?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie die Relevanz der Klinik gerade in Bezug auf die Versorgung von Patientinnen und

GRÜNEN)

Patienten mit seltenen und schweren Lungenerkrankungen in Bayern ein, wäre – aus Sicht der Staatsregierung – bei einem Wegfall der Klinik eine medizinische Unterversorgung in diesem Bereich zu befürchten (auch mit Blick auf die Psychosomatik) und welche Kenntnisse hat sie über die momentane Situation der Klinik Donaustauf?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit schließt sich die Staatsregierung, bzw. das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus und das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, der Einschätzung des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger an, dass die hohen Nitratwerte in den Roten Gebieten Bayerns auch auf „ein paar dasuffene Ratzn“ (Zitat SZ-Bericht vom 23.01.2024) zurückzuführen sein könnten, wie schätzt die Staatsregierung die generelle Möglichkeit einer signifikanten Nitratverseuchung der Böden durch tote Ratten in bayerischen Kanalsystemen ein und falls diese Möglichkeit nicht bestehen sollte, wer wird es dem stellvertretenden Ministerpräsidenten mitteilen?

Benjamin Nolte
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum soll dem österreichischen Aktivisten Martin Sellner die Einreise nach Deutschland bzw. Bayern verweigert werden (bitte genaue Gründe für das Einreiseverbot sowie die Maßstäbe, die zur Begründung der Verweigerung der Einreise gelten, erläutern), wie kann es sein, dass gleichzeitig vom Januar bis zum Dezember 2023 mehr als 34 000 illegale Grenzübertritte in Bayern registriert wurden und das nicht per se zum Einreiseverbot von illegalen und passlosen Personen nach Deutschland bzw. Bayern führt (bitte genau erläutern), und wie steht die Staatsregierung generell zum Thema Abschiebungen illegal Eingereister sowie ausländischer Straftäter (bitte genau erklären, wie sie zum Thema Abschiebungen im Detail steht)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob bayerische Hochschulen, Universitäten oder Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen seit 2010 Kontakte oder Kooperationen mit der University of Religions and Denominations in Ghom, Iran unterhalten haben, welcher Art diese Kontakte waren und aus welchen Mitteln diese finanziert wurden?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der für das Jahr 2023 nicht ausgereichten Stabilisierungshilfen für die Stadt Hof frage ich die Staatsregierung, in welcher Form der Kommune eine Bewilligung zunächst in Aussicht gestellt wurde (siehe dazu Bericht auf BR24 vom 11.01.2024 „Einzelfall Hof: Hilfen in Millionenhöhe abgelehnt“), warum die Stabilisierungshilfen dann trotz eines gesunkenen Schuldenstandes doch verwehrt und in Jahren mit einem höheren Schuldenstand genehmigt wurden und welche konkreten Empfehlungen die Staatsregierung bzw. das zuständige Staatsministerium der Kommune für einen positiven Bescheid für das Jahr 2024 in Bezug auf Einsparmaßnahmen insbesondere im Bereich der freiwilligen Leistungen gegeben hat?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verbindungen zwischen Günzburg und Mindelheim (RB78, „Mittelschwabenbahn“) bzw. in Gegenrichtung sind seit der Ankündigung der Deutschen Bahn (DB) am 22.01.2024 aufgrund einer „eingeschränkten Fahrzeugverfügbarkeit“ entfallen, wie viele der insgesamt für diese Strecke vorgesehenen Fahrzeuge fallen aus und inwiefern ist das Vorgehen der DB mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft abgestimmt?

Anna Rasehorn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Mengen von Ratten sind in den bayerischen Kanalsystemen in den letzten drei Jahren verendet, geborgen und entsorgt worden (bitte Aufstellung nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Regierungsbezirken), welche Mengen von Ratten müssen in den Kanalsystemen verenden, um eine signifikante Nitratbelastung in den Böden zu bewirken und welche Mittel stellt der Freistaat Bayern den Kommunen zur Verfügung, um das Kanalsystem von toten Ratten freizuhalten?

Doris Rauscher
(SPD)

Anknüpfend an die Vereinbarung des Koalitionsvertrags von CSU und FREIE WÄHLER, ein Bayerisches Gehörlosengeld einzuführen, frage ich die Staatsregierung, wie weit etwaige Pläne bereits vorangeschritten sind bzw. wann mit der Einführung eines Bayerischen Gehörlosengeldes zu rechnen ist, wie hoch dieses ausfallen wird und nach welchen Kriterien der Anspruchsberechtigtenkreis festgelegt wird?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet im vollen Wortlaut das Schreiben des Staatsministers für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, Herrn Michael Theurer, in dem der Zwischenstand der Untersuchungen für die Verlagerung der Kfz-Verwahrstelle Thomas-Hauser-Str. 19 dargestellt wurde (bitte mit Angabe des Datums des Schreibens, siehe Anfrage zum Plenum von MdL Susanne Kurz vom 24.01.2024), ist es zutreffend, dass im November 2023 der Freistaat auf die Deutsche Bahn mit der Frage nach einer Alternative zu einer möglichen Verlegung der Kfz-Verwahrstelle zukam (falls ja, bitte das Schreiben im vollen Wortlaut darlegen) und was veranlasst den Staatsministerminister in der genannten Anfrage zum Plenum zu der Feststellung, es zeichne sich zwischenzeitlich „eine alternative Lösung mit Einhausung einer Teilstrecke entlang der Bestandsbebauung ab“, wengleich die Deutsche Bahn den Vorschlag bereits abgelehnt hatte, u. a. weil eine Einhausung gesetzlich nicht als Lärmschutz gesehen wird ?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Fördermöglichkeiten und Fördersummen stehen der Gemeinde 91452 Wilhermsdorf (Lkr. Fürth) für die Sanierung und/oder Neubau des dortigen Hallenbads konkret zu, welche diesbezüglichen Anfragen und Anträge wurden seitens der Gemeinde Wilhermsdorf bereits an die zuständigen Stellen gerichtet (aktueller Sachstand) und wie sehen die Antworten der zuständigen Stellen hierauf aus?

Franz Schmid
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wird das „Haus Roissy e. V.“ in Lindenberg durch den Freistaat Bayern gefördert (bitte die Höhe der jährlichen Förderung angeben), ist ihr bekannt, ob das „Haus Roissy e. V.“ neben Beratungs- und Informationsangeboten für „transidente“ Kinder auch BDSM-Praktiken im Beisein von Kindern propagiert, und welche Haltung hat die Staatsregierung zu Beratungs- und Informationsangeboten zu den Themen „Fetisch“, „BDSM“, „Transsexualität“ etc. für Kinder und Jugendliche?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da im Vorgriff auf die länderübergreifend vereinbarte Verlängerung der Arbeitszeit in der schriftlichen Abiturprüfung im Fach Mathematik im neunjährigen Gymnasium um 30 Minuten ein entsprechender Zeitzuschlag bereits im auslaufenden achtjährigen Gymnasium für die Prüfungsjahre 2024 und 2025 gewährt wird, frage ich die Staatsregierung, inwiefern die Abituraufgaben für die Abiturprüfungen im G8 in den Jahren 2024 und 2025 im Vergleich zu den Vorjahren verändert werden, wie hoch der Zeitzuschlag beim schriftlichen Mathematikabitur bei den Jahrgängen ist, die den technischen Zweig einer FOS/BOS besuchen, und wie hoch der Zeitzuschlag beim schriftlichen Mathematikabitur bei den Jahrgängen ist, die einen nicht-technischen Zweig einer FOS/BOS besuchen?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Fällen ist der Staatsregierung bekannt, dass konkrete Windkraftprojekte in Bayern durch ein Veto der Bundeswehrverwaltung aufgrund militärischer Belange aktuell verunmöglicht werden (bitte nach Regierungsbezirken auflisten), wird die Staatsregierung auch ohne die Nutzung von Flächen, die auch militärischen Belangen dienen, das Ziel von 2 Prozent Landesfläche für die Windkraft erreichen können und wie kann die Staatsregierung darauf hinwirken, dass Flächen, die durch die Priorisierung militärischer Nutzung für Windkraft nicht nutzbar sind, öffentlich einsehbar werden und Projektierer und Investoren nicht erst im Rahmen der Genehmigung erfahren, dass das Projekt nicht umsetzbar ist?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche personenbezogenen Daten beim Testbetrieb der Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform (VeRA) verarbeitet werden, inwieweit personenbezogene Daten von Polizeibediensteten (z. B. als Erfasser einer Vorgangs in einer polizeilichen Datenbank) verarbeitet werden und inwieweit das Einverständnis der betroffenen Personen eingeholt wurde?

Ulrich Singer
(AfD)

Da der letzte Einzelimpfstoff in Europa „Measles Vaccine live®“ inzwischen nicht mehr verfügbar ist, sondern nur noch Kombinationsimpfstoffe (Dreifach- oder Vierfachimpfung Masern, Mumps und Röteln – MMR und weitere Kombinationen), frage ich die Staatsregierung, wie Eltern vorgehen können, wenn sie ihre Kinder nur gegen Masern, aber nicht oder später gegen die anderen Krankheiten impfen lassen wollen, wie kann in diesem Zusammenhang das Recht auf eine individuelle Impfscheidung der Eltern für ihre Kinder gewahrt bleiben und was gedenkt sie zu

unternehmen, dass wieder ein Einzelimpfstoff verfügbar ist, um eine verdeckte Mehrfachimpflicht bei Kindern zu verhindern?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zur Aussage von Herrn Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter in seiner Pressemitteilung vom 22.01.2024 (PM 13/2024) „Die Verwertungsquote von Bauabfällen in Bayern ist mit knapp 90 Prozent bereits sehr hoch“ frage ich die Staatsregierung, auf welche Verwertungsmaßnahmen bezieht sich die angegebene Verwertungsquote von knapp 90 Prozent (bitte aufschlüsseln nach Recycling, Verfüllung etc.), auf welcher Datenbasis und welcher Quelle beruht diese Angabe?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie sich dafür einsetzen, dass bei den zukünftigen Windkraftprojekten in den Bayerischen Staatsforsten eine Rückkehr erfolgt zu der langjährigen Praxis mit Direktverträgen zwischen den Staatsforsten und den Kommunen, um eine höhere Kommunalbeteiligung und Bürgerbeteiligung zu erreichen, nachdem der Bürgerentscheid in Mehring (bei Altötting) mit Zitaten des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, dass Bayern kein Wind-Land sei, sich gegen das Windkraftprojekt in ihrer Gemeinde ausgesprochen hat, welche weitere Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der Ablehnung und wie will sie die Akzeptanz von Windkraftanlagen nach jahrelangen Aussagen und Kampagne gegen die Nutzung Windkraft in Bayern steigern?

Arif Taşdelen
(SPD)

Vor dem Hintergrund der geplanten Ansiedlung der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg auf dem Südeareal der ehemaligen Firma Schöller im Nürnberger Norden frage ich die Staatsregierung, bis wann plant die Staatsregierung die Fertigstellung des Baus des neuen Uni-Campus und wie wird die verkehrliche Anbindung gewährleistet?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld für das Programm „gemeinsam.Brücken.bauen“ insgesamt (bitte nach Bund und Freistaat getrennt angeben, aufgeschlüsselt nach Jahren und den Bereichen Lernförderung und Sozialkompetenzförderung) den verschiedenen Schularten zur Verfügung gestellt wurde, wie viel Geld wurde bisher abgerufen und beabsichtigt die Staatsregierung, das Programm weiterzuführen?

Matthias Vogler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie arbeiten die Schulen in Bayern daran, Gewalttaten unter Schülern in Zukunft zu verhindern und eine sichere Lernumgebung zu gewährleisten, wie viele Gewalttaten wurden im Jahr 2023 in Bayern verzeichnet und welche Maßnahmen werden ergriffen, um Schüler zu sensibilisieren und über Konsequenzen von Gewalttaten aufzuklären?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Pflegekräfte aus dem Ausland haben bisher beim Bayerischen Landesamt für Pflege einen Antrag auf ein beschleunigtes Anerkennungsverfahren (sog. Fast Lane) gestellt, wie viele Anträge wurden positiv beschieden und wie hat sich die Zahl der „regulären“ Anträge seit Einführung der Fast Lane im Vergleich zu den Monaten vor Einführung entwi-

ckelt?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Behörden, Institutionen und weiteren öffentlichen Einrichtungen in den Landkreisen des Bezirks Oberpfalz sowie des Bezirks Oberpfalz gibt es – ggf. nach ihrer Kenntnis – Kantinen für Mitarbeitende, welche Unternehmen wurden jeweils für den Betrieb beauftragt und wie viele Essen werden jeweils durchschnittlich pro Woche ausgegeben?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, seit wann die Entscheidung zum Verkauf des denkmalgeschützten Gebäudes in der Bismarckstr. 4, Erlangen (Denkmalnummer D-5-62-000-1092), befindlich im Besitz der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, besteht, welche konkreten Bemühungen zum Verkauf wurden seither unternommen und welche konkreten Maßnahmen sind zukünftig geplant, um einen Käufer zu finden?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Hackerangriffe wurden in den letzten drei Jahren auf Unikliniken und andere Gesundheitseinrichtungen in Bayern verzeichnet, wie können Unikliniken und andere Gesundheitseinrichtungen in Bayern ihre IT-Infrastruktur stärken, um sich vor Hackerangriffen besser zu schützen, welche finanziellen Folgen haben Hackerangriffe auf Gesundheitseinrichtungen in Bayern verursacht?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel aus dem Titel „Zuschüsse an Sonstige für Investitionen“ der Haushalts-Titelgruppe 1007/78 „Ausgaben für Jugendarbeit“ sind in den vergangenen zehn Jahren für Investitionen an Jugendherbergen geflossen (bitte mit Aufteilung nach Fördermittelempfängern und Nennung der Investitionen), wie hoch ist der Investitionsbedarf bei den bayerischen Jugendherbergen nach Einschätzung der Staatsregierung und was unternimmt sie, um die Jugendherbergslandschaft in Bayern gut für die Zukunft aufzustellen?